samten Lebenshaltungskosten einsetzen, und es gilt, die Arbeiterschaft mit allen Mitteln gegen diesen teuflischen Plan, ihre Hungerlöhne auf diese Weise noch weiter herunterzudrücken, aufmerksam zu machen und die notwendigen Kampfmaßnahmen dagegen einzuleiten. Auch hierüber drückt sich die „Textilzeitung", das Organ des Unternehmerverbandes, ganz deutlich aus. Es erklärt in der Nummer 2:

„Nur langfristig festgefügte Verträge geben der Industrie die Möglichkeit, auch ihren Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen einzuhalten, die sie vor dem Staat und seiner Wirtschaft übernommen haben. Und nur eine Tarifbefriedigung auf dieser, für lange Zeit gesicherten Basis kann Kaufkraft und Warenpreis ausgleichen und einander anpassen."

Diese letzte Forderung der Kapitalisten nach langfristigen Tarifverträgen haben in der letzten Zeit die kapitalistischen Schlichtungsinstanzen, mit dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell an der Spitze, voll und ganz erfüllt. Und wenn die Arbeiterschaft sich nicht auf weitere 1½ bis 2 Jahre vom Trustkapital die Hungerlöhne stabilisieren lassen soll, dann muß der Kampf gegen die Schlichtungskessel mit aller Schärfe aufgenommen werden. Der Kampf gegen die vereinigte Front der Gewerkschaftsführer, Unternehmer und Regierung ist schwer. Der Streik der Hafenarbeiter Hamburgs hat bewiesen, daß diese heilige Dreieinigkeit mit allen Mitteln, von den Rollkommandos des Reichsbanners angefangen bis zum Verbot der kommunistischen Zeitungen, alles unternehmen wird, um die Arbeiter niederzuschlagen. Aber um die weitere Verelendung der Arbeiterschaft zu verhindern, ist kein anderer Weg möglich, als die Aufnahme des Kampfes auf breitester Front gegen die Klassenfeinde und ihre Agenten. Die Textilarbeiter stehen jetzt vor großen Aufgaben. In Schlesien, Sachsen, Baden, Hamburg, Hannover, Bielefeld und in der Lausitz stehen wir vor Auseinandersetzungen mit dem übermütigen Trustkapital. Und besonders die 400 000 sächsischen Textilarbeiter müssen die Lehren aus dem Kampfe ihrer Brüder am Niederrhein ziehen. Sie müssen erkennen, daß die Erhöhung der Hungerlöhne nur im schärfsten Kampfe gegen die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie und die Schlichtungsinstanzen möglich ist. Auf den Angriff der Unternehmer muß jetzt sofort die Gegenoffensive der Arbeiter einsetzen. Nur dann wird es möglich sein, eine weitere Senkung des Reallohnes zu verhindern. Die jetzt in der Metall- und Textilindustrie ausgebrochenen Kämpfe müssen vereinheitlicht werden, denn der geschlossenen Front der Unternehmer kann nur in geschlossenen Reihen entgegengetreten werden.

Konferenz der Textilarbeiterfunktionäre

am 30. Oktober 1928 in Dresden

Die Gauleitung des Textilarbeiterverbandes teilt mit:

Am 30. Oktober haben die Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes, sowie die Vertreter der anderen Textilarbeiterorganisationen zu dem von den Arbeitgeberverbänden der ost- und westsächsischen Textilindustrie ausgesprochenen Kündigung der Lohntarifverträge Stellung genommen. Der Gauleiter, Kollege Zwahr, gibt einen Situationsbericht und weist nach, daß die bestehenden Löhne in Ost- und Westsachsen zu den niedrigsten in ganz Deutschland gehören, und daß es demzufolge notwendig ist, die niedrigen Lohnsätze der sächsischen Textilarbeiter zu erhöhen. Währenddem scheint die Kündigung der Arbeitgeber den Zweck zu haben, dem Beispiel anderer Arbeitgeberverbände der Textilindustrie folgend, die Löhne abbauen zu wollen. Die Konferenz ist einmütig der Auffassung, daß die niedrige Lebenshaltung der Textilarbeiter durch eine Aufbesserung der Löhne gehoben werden muß. Die Konferenzteilnehmer haben einmütig das volle Vertrauen zu den Verbandsleitungen, und werden deren Maßnahmen nachhaltigst unterstützen.

Dieser nichtssagende Bericht zeigt bereits, mit welch unzulänglichen Mitteln die Verbandsführung den Angriff der Unternehmer zu beantworten gedenkt. Die Opposition, die selbstverständlich auftrat und einen konkreten Kampfweg vorschlug, wird in diesem Bericht einfach totgeschwiegen. Wir werden deshalb morgen einen ausführlicheren Bericht bringen.

Explosion in einer Lignosefabrik

TU Bozen. Im Vorort Rentsch stürzte das Fundament eines Villenneubaues an einem Abhang auf eine darunterliegende Villa. Eine Frau mit zwei Kindern, die die Villa betreten wollte, wurde verschüttet und getötet. Die Untersuchung der Ursache des Unglücks ergab belastendes Material gegen den Bauherrn.

Zeppelin wieder in Friedrichshafen

Berlin, 1. November. (Eig. Funkmeldung.)

Heute um 7,05 Uhr landete „Graf Zeppelin" in Friedrichshafen.

Der Rückflug vollzog sich unter demselben Reklamegeschrei wie die Hinfahrt. Die technische Leistung tritt deshalb mehr und mehr hinter der offensichtlichen Propaganda zurück. Erstaunlich war beim Rückflug die große Schnelligkeit, mit der das Luftschiff, trotz teilweise sehr schlechtem Wetter, die Strecke zurücklegte. „Graf Zeppelin" führt außer den Fahrgästen noch 49 745 Briefe und 31 938 Postkarten mit. Aber auch ein neuer Reklametrick wurde mitgeführt. Ein „blinder Passagier", halbverhungert in der Gondel aufgefunden, siebzehnjährig, war und ist der neueste Schlager, der an Tränendrüsen appellieren und Rührungsausbrüche hervorrufen sollte. Und er hat es ausgiebig getan. Diesmal steckt hinter dem Reklametrick nach der Mitteilung der Welt am Abend nicht ein amerikanischer Verleger sondern der Scherl-Verlag, der bekanntlich das Berichterstattungsmonopol mit innehat.

Die Unternehmer haben mit beiden Händen nach dieser neuen Sensation gefaßt, und so liegen zahlreiche Angebote an Clarence Terhune (so heißt der „blinde Passagier") vor, die glänzende Engagements für den Zirkus Hagenbeck, einer Firma aus Aachen, einer Berliner Tanzbar usw. enthalten. Terhune soll jedoch bereits von der Hearst-Presse engagiert worden sein. Diese widerlichen Dreckgeschichten bei der Zeppelinfahrt zeigen deutlich, wie schmutzig technischer Fortschritt in den geldgierigen Klauen des Kapitals benutzt wird. Und dazu gibt es Dankgottesdienste und Hochs und Kanzlertelegramme . . . alles für Geld

Die punktierte Linie zeigt den Weg des Luftschiffes nach Amerika, die nördliche, mit einem Pfeil endende Linie, die gegenwärtige Fahrt. Die nördliche Route über den Ozean wird auch von den Atlantik-Dampfern befahren.

Die Parteimitgliedschaft für den Ettl-Beschluß

Vernichtende Niederlage der Rechten in Dresden. — Die Betriebsarbeiter fordern Ausschluß Melchers, Kurt Wagners und Schreiters

Gestern fand im großen Saal des Bürgergartens eine glänzend besuchte Parteiarbeiterkonferenz der Dresdner KPD statt, in der zu der innerparteilichen Lage und zur Haltung der ostsächsischen Bezirksleitung, sowie zu dem fraktionellen Treiben der rechten Gruppierungen Stellung genommen wurde. Der demagogische Ruf der rechten Fraktionsmacher nach dem Urteil der Parteimitgliedschaft über den Ettlbeschluß fand hier ein bezeichnendes und erfreuliches Echo.

In einem 2stündigen, mit stürmischen Beifall aufgenommenen Referat, rollte Genosse Siegfried Rädel den ganzen Komplex der innerparteilichen Frage auf, wobei er im ersten Teil eingehend die politischen Probleme und Differenzpunkte, und im zweiten Teil die spalterische Tätigkeit der Fraktionsmacher behandelte. Zeigte sich schon bei den Ausführungen des Referenten vollkommene Einheitlichkeit der Meinung bei den Parteiarbeitern, so wurde dies noch deutlicher bemerkbar, als Erich Melcher in 1½stündiger Rede seine verderbliche und verantwortungslose Spaltungsarbeit sowie die seiner Fraktionsfreunde Kurt Wagner und Fritz Schreiter zu verteidigen versuchte. Im weiteren Verlauf der Diskussion versuchte nur Genosse Rohde den Rechten Hilfsstellung zu leisten. Die Entsendung des Genossen Renner zur Unterstützung des ZK nach dem Bezirk Westsachsen wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Wegen fortgeschrittener Zeit wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und nach einem wieder mit stürmischer Zustimmung aufgenommenen Schlußwort des Genossen Rädel wurde über die in der Dienstag-Nummer der Arbeiterstimme abgedruckte Resolution der Erweiterten Bezirksleitung „Front gegen den Menschewismus innerhalb und außerhalb der Partei" abgestimmt.

Mit 253 Stimmen gegen 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde die Resolution von der Parteiarbeiterkonferenz gebilligt

Im Anschluß daran wurden zwei von den Betriebszellenleitern des Elektrizitätswerkes, des Eisenbahnausbesserungswerkes, der Städtischen Straßenbahn und Seidel u. Naumann eingebrachten Anträge, die BL zu beauftragen, Erich Melcher, Kurt Wagner und Fritz Schreiter wegen parteischädigenden Verhaltens auszuschließen, zur Debatte gestellt. Treffend führte dazu einer der Betriebsvertreter aus, daß dieser Ausschluß nicht erfolgen solle wegen der politischen Meinung der Betreffenden, sondern wegen der schurkischen Spaltungsarbeit, die sie mit Unterstützung der sozialdemokratischen Presse und mit den Mitteln der Lüge, Verleumdung und des organisierten Fraktionskampfes, zu dem sie sich bekennen, vollführten. Genosse Rädel formulierte die Anklage folgendermaßen:

Kurt Wagner berief hinter dem Rücken der Bezirksleitung und ohne die Mitgliedschaft seiner Zelle zu fragen, eine Versammlung mit dem Parteischädling Hausen als Referent ein und verteilte dazu insgeheim Einladungszettel. Außerdem sabotierte er die Arbeit der Partei beim Volksbegehren durch Entfesselung wüster Fraktionsdiskussionen mit parteifeindlichem Material.

Fritz Schreiter unterstützte diese Kampagne durch Herstellung der zahlreichen Fraktionsbriefe und Rundschreiben, die bis über den Rahmen der Partei hinaus gelangten und

Erich Melcher ist Inspirator und Leiter dieser Fraktionsarbeit, die er ebenfalls persönlich mit parteischädigenden und verlogenen Kampfmethoden durchführt.

Sachlich konnten die drei auf diese Anklagen nichts erwidern und so wurde

der Ausschlußantrag mit 239 Stimmen (eine Anzahl Genossen hatte wegen der fortgeschrittenen Zeit nach der Resolutionsabstimmung die Sitzung verlassen) gegen 13 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Damit hat die Parteimitgliedschaft in mustergültiger Geschlossenheit den Fraktionsmachern die verdiente Antwort gegeben. Die politische Diskussion ist damit auch nach Meinung der Bezirksleitung keineswegs abgeschlossen, sondern soll und kann nach der Säuberung der Partei von diesen Elementen auf höherem Niveau und mit politischen Mitteln durchgeführt werden. **Die Partei wird um jeden ehrlichen Genossen, der in den Grundfragen unsicher, heute noch vielleicht Argumente der Rechten für richtig hält, ringen und in systematischer Schulungs- und Aufklärungsarbeit die Reihen der Partei geschlossener als je in den Kampf um die nächsten vor der Partei stehenden Aufgaben führen.** Die jetzt ausgebrochenen riesigen Wirtschaftskämpfe und die sich zuspitzende politische Situation geben der Partei neue ungeheure Möglichkeiten in die Hand der Arbeiterklasse die Notwendigkeit vor Augen zu führen, mit dem Reformismus zu brechen und unter dem Banner der kommunistischen Weltpartei den Kampf gegen die Ausbeuter und deren Hellershelfer siegreich zu führen. Von diesem Geiste war die Parteiarbeiterkonferenz Groß-Dresden erfüllt.

„Einfügung Deutschlands in die antibolschewistische Europafront"

Feststellung eines sozialdemokratischen Organs über die Kriegsgefahr

Das „Sächsische Volksblatt" vom 30. Oktober kommt in einem Aufsatz über „Proletariat und Reparation" zu folgender Feststellung:

„Neu an der Aufrollung des Reparationsproblems ist nicht das deutsche und französische Ziel, sondern die ungemein aktive Rolle, die England dabei übernommen hat. Es scheint dabei Aussichten zu haben, die eine Einfügung Deutschlands in die antibolschewistische Europafront bezwecken, die der englische Imperialismus möglichst geschlossen haben muß, wenn er es zu einem Zusammenstoß mit Sowjetrußland treiben will."

Hier wird, wenn auch in einer schwächlichen und unklaren Form, die treibende Kraft der internationalen bürgerlichen Außenpolitik aufgezeigt. Was die Kommunisten seit vielen Jahren stetig wiederholt, was sie insbesondere in den letzten Monaten an Hand der Tatsachen nachgewiesen haben, wird hier dem Wesen nach zugegeben. Das „Volksblatt" stellt weiter fest, daß England in der Reparationsfrage die Pläne Frankreichs unterstützt, die darauf hinauslaufen, eine antiamerikanische Einheitsfront herzustellen, die Reparationsfrage mit der Regelung der französisch-amerikanischen Schulden zu unterbinden, und fügt hinzu:

„Die Arbeiterschaft wird scharf aufzupassen haben, daß hierauf nicht **eine Bindung Deutschlands an die imperialistischen Pläne Englands und Frankreichs entsteht, die es über kurz oder lang zu einem aktiven Kriegspartner und zum Schauplatz des Krieges selbst machen könnte."**

Wiederum wird die ungeheure Gefahr der Einbeziehung Deutschlands in die englisch-französische Kriegsfront, die wir nach den Genfer Verhandlungen festgestellt haben, wenn auch in einer irreführenden Form zugegeben. Aber was verschweigt das Seydewitz-Blatt? Es verschweigt, daß diese Bindung Deutschlands an die imperialistischen Pläne Englands und Frankreichs praktisch schon erfolgt ist. Es verschweigt, daß Hermann Müller in Genf und seitdem als treuer Diener und als eifrigster Wortführer eine Politik betätigte, die diese Bindung, diese Einschwenkung Deutschlands in die westliche Kriegsfront gegen Sowjetrußland auf der ganzen Linie fördert und festigt. Ein Stück dieser Politik war der Panzerkreuzerbeschluß vom 10. August, ein Stück des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik war das Volksbegehren der KPD, das das „Sächsische Volksblatt" durch die niederträchtigste Verleumdungskampagne als „kommunistischen Schwindel" bekämpft hat. Wenn die „linken" sozialdemokratischen Führer heute wieder von der Steigerung der Kriegsgefahr, insbesondere der wachsenden Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion reden, so verfolgen sie dabei den Zweck, in Erwartung kommender Dinge sich vor der Arbeiterschaft ein Alibi zu verschaffen.

Die linken sozialdemokratischen Arbeiter, deren Sympathien für den Arbeiterstaat keine sozialdemokratische Verleumdungskampagne, kein Sowjetgranaten-Schwindel zu vernichten vermochte, müssen aber erkennen, daß ein wirklicher Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne der vereinigten englisch-französisch-deutschen Ausbeuterklasse nicht mit, sondern nur gegen die „linken" Panzerkreuzer-Politiker vom Schlage der Seydewitz, Böchel usw. geführt werden kann.

Hußmann freigesprochen

TU Essen, 30. Oktober. **Im Hußmann-Prozeß wurde am Dienstag, nach 19 Uhr, folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Es ergeht der Beschluß: Der erlassene Haftbefehl wird aufgehoben.**

Mit diesem Urteil ist der Prozeß, der durch die sensationelle Aufmachung der bürgerlichen Presse zwei Wochen lang zum Gespräch der Oeffentlichkeit gemacht wurde, beendet. Der Freispruch mußte erfolgen, weil die Indizien keinen ernstlichen Schuldbeweis Hußmanns am Sexualmord an Helmuth Daube erbringen konnten.

Der Prozeß Hußmann schließt, ohne daß der Sexualmord in Gladbeck geklärt worden wäre. Hußmann hatte Glück, daß er, aus bourgeoiser Familie stammend, die Sympathie aller Reaktionäre besaß; deshalb wurde er nicht auf Grund von Indizien verurteilt. Bei Jakubowski, dem armen und hilflosen polnischen Landarbeiter, der nicht richtig deutsch sprechen konnte, genügten der Mecklenburger Klassenjustiz viel weniger Indizienbeweise, um an ihm einen Justizmord zu verüben.

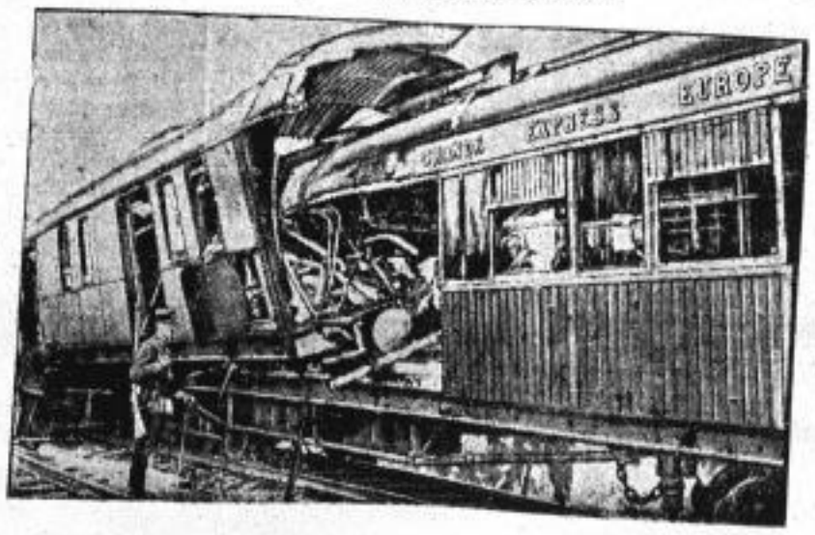
Etwas „Positives" hat die große Aufmachung des Hußmann-Prozesses doch gebracht: den Einblick in das verlogene Milieu des Gladbecker Bibelkränzchens, wo muffige Frömmelei, Sauferei und dumpfe Unaufgeklärtheit der bürgerlichen Jugend dicht nebeneinander hausen. **Ein kapitalistisches „Kultur"bild!**

Ein Ein- und Ausbrecher erschossen

TU **Altenburg.** Der berüchtigte Ein- und Ausbrecher Johann Müller wurde in der Nacht zum Montag nach einem kurzen Feuergefecht mit einem Polizeibeamten erschossen. Müller, dem es gelungen war, aus der Gefangenanstalt zu entkommen, hatte in der letzten Zeit wieder die Altenburger Gegend unsicher gemacht und zahlreiche Einbrüche verübt. In der Nacht zum Montag wurde er mit einem Komplizen auf frischer Tat ertappt. Während der Komplize fliehen konnte, wurde Müller von einem Polizeibeamten gestellt. Der Verbrecher gab sofort aus einem Revolver mehrere Schüsse auf den Beamten ab, so daß dieser ebenfalls zur Waffe greifen mußte. Er streckte den Verbrecher durch einen Kopfschuß nieder.

Schweres Bauunglück in Bozen

TU Magdeburg. Am Dienstag mittag ereignete sich in der Lignosefabrik in Schönebeck ein folgenschweres Explosionsunglück. In dem dortigen Laboratorium waren die beiden Chemiker Dr. Rössel und Dr. Wiemann mit Kontrollversuchen für eine neue Sprengkapsel beschäftigt, als plötzlich eine furchtbare Detonation erfolgte und helle Flammen emporschlugen. Während Dr. Wiemann nur leichtere Brandwunden erlitt, wurde Dr. Rössel schwer verletzt, und man bezweifelt sogar, daß er mit dem Leben davonkommen wird. Der Unglückliche ist erst seit einer Woche verheiratet. Ein an der Wasserleitung beschäftigtes junges Mädchen, dem der Ausgang versperrt war, sprang aus dem Fenster. Das Laboratorium ist ein einziger Trümmerhaufen.

Die große Eisenbahnkatastrophe in Rumänien

Unser Bild zeigt den Schlafwagen des Simplonexpresses, der vollständig zerstört wurde. Man sieht auf dem Bilde deutlich, wie sich durch die furchtbare Gewalt des Zusammenstoßes die Wagen ineinandergeschoben haben.